

suche einer *vorsichtigen Kooperation mit dem neuen Regime* leiden an der mangelnden Vertrauenswürdigkeit des anderen Partners, die in vielen Einzelmaßnahmen der kommunistischen Regierung deutlich wird. So sehr die vietnamesische Kirche und ihre Bischöfe auch Patrioten sind –

was sich in der Zeit des chinesischen „Straffeldzugs“ gegen das Nachbarland im Süden 1979 zeigte –, so stark ist ihr Mißtrauen gegenüber einer Regierung, die den Patriotismus zur Spaltung der christlichen Gemeinschaft benutzen will.

Georg Evers

## Das Öl erreicht die Armen nicht

### Mexiko zwischen wirtschaftlichem Aufschwung und sozialen Nöten

Bei der Nord-Süd-Konferenz von Cancún im vergangenen Oktober wurde es deutlich: Mexiko war nicht nur Gastgeber, sondern präsentierte sich selbstbewußt als ein Land der Dritten Welt, das geneigt ist, eine führende Rolle im Dialog zwischen Industrie- und Entwicklungsländern zu übernehmen. In der Tat haben die brisante Außenpolitik seines Präsidenten, vor allem aber die ausgiebigen Ölfunde der letzten Jahre das Interesse der Welt an Mexiko sprunghaft ansteigen lassen. Beides, Energiewirtschaft und Außenpolitik nahmen in dem ehrgeizigen Konzept des scheidenden Präsidenten, *José Lopez Portillo*, eine vorrangige Stellung ein und haben seiner Amtszeit jenen Glanz verliehen, vor dem die Leistungen der mexikanischen Innen-, vor allem der Sozialpolitik arg verblassen. So kann das beträchtlich angewachsene außenpolitische Ansehen Mexikos nicht darüber hinwegtäuschen, daß der am 5. Juli gewählte Nachfolger von Lopez Portillo, der 47jährige Wirtschaftswissenschaftler *Miguel de la Madrid Hurtado*, mit seinem Amtsantritt am 1. Dezember immense wirtschaftliche und soziale Hypotheken übernimmt.

### Macht durch Erdöl?

Die *globale* außenpolitische Rolle Mexikos im Nord-Süd-Konflikt geht auf die „Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten“ von Ex-Präsident *Luis Echeverría* (1970–76) zurück, die der Diskussion um eine neue Weltwirtschaftsordnung einen wichtigen Impuls gab. Sie wurde 1974 von der UN-Vollversammlung mit großer Mehrheit (120:6; 10 Enthaltungen) angenommen und enthält auf der Grundlage einer „internationalen Sozialverpflichtung“ nationaler Wirtschaftspolitik grundlegende Forderungen der Dritten Welt an die Industrie-Nationen. Die USA (und auch die Bundesrepublik) stimmten gegen die Vorlage. Mexiko arbeitet in der Organisation blockfreier Staaten mit, ohne ihr jedoch anzugehören, und hat Beobachterstatus beim COMECON; mit der Europäischen Gemeinschaft bestehen Kooperationsabkommen.

Durch die unmittelbare Nachbarschaft zur mächtigsten Industrienation der Welt ist Mexiko reich an Erfahrungen und ein treffendes historisches Beispiel für das den Nord-Süd-Konflikt kennzeichnende Abhängigkeitsver-

hältnis, das in mehr als einer Phase der mexikanischen Geschichte existentieller Natur war. Auf dem Hintergrund eines wachsenden Anti-Amerikanismus auch im politisch einflußreichen Bevölkerungsteil und im ungewohnten Besitz wirtschaftlicher Macht betrieb Lopez Portillo eine Politik der Distanz zu den Vereinigten Staaten. Dies wurde weniger in den direkten Beziehungen als in der Mittelamerika-Politik Mexikos manifest.

Die *zentrale Rolle Mexikos in der mittelamerikanischen Region* wird von mehreren, nicht nur außenpolitischen, Faktoren bestimmt. Seine Einschätzung der Lage und seine Politik weichen erheblich von der Mittelamerika-Politik der Amerikaner ab. Mexiko hat Kuba und Nicaragua Sicherheitsgarantien im Falle eines militärischen Eingreifens von außen gegeben. Für den Fall, daß die Sowjetunion als Lieferant ausfiele, hat Lopez Portillo Kuba mexikanisches Öl angeboten. Seine traditionell guten Beziehungen zu Kuba binden Fidel Castros revolutionäre Infiltrationspolitik im Falle Mexikos bis heute erfolgreich. Seit 1980 liefert Mexiko den anderen mittelamerikanischen Staaten Erdöl zu Vorzugspreisen, eine Maßnahme, die Lopez Portillo als Beispiel für eine solidarische Mittelamerika-Politik versteht. Die amerikanische Regierung unter Ronald Reagan beobachtet die mexikanische Mittelamerika-Politik, deren langfristiges Ziel es ist, den traditionellen Einfluß der USA in der Karibik zu reduzieren, wie auch die mexikanischen Versuche einer eigenständigen Wirtschaftspolitik mit wachsendem Mißtrauen. Der freizügig politisches Asyl gewährende Staat behandelt allerdings das Problem der Flüchtlinge aus Guatemala und El Salvador, die zu Zehntausenden die südliche Landesgrenze überschritten haben, mit Rücksicht auf deren „Revolutionspotential“ restriktiv, indem er einen Teil der Flüchtlinge wieder abschob.

Die zusammen mit Frankreich ausgesprochene Anerkennung der linksgerichteten Opposition in El Salvador als „repräsentative politische Kraft“ hat Mexiko innerhalb Lateinamerikas zeitweilig isoliert, was die Erfolgsaussichten seiner Mittelamerika-Politik längerfristig beeinträchtigen könnte.

Die heiklen Beziehungen Mexikos zu den USA haben eine lange Tradition und sind voller Widersprüche. Verletzter Nationalstolz, heimlicher Neid und heute auch ein gesundes Geschäftsinteresse bestimmen das Verhältnis

zum nördlichen Nachbarn. Die immer noch wirksame *politische und wirtschaftliche Abhängigkeit von den USA* wird teils hingenommen, teils leidenschaftlich und mit rhetorischen Mitteln bekämpft. Erst der Erdölreichtum ermöglichte zumindest partiell eine wirklich eigenständige mexikanische Politik. Zu den psychologischen Nachwirkungen der territorialen Verluste (Mexiko verlor in der Mitte des letzten Jahrhunderts mehr als die Hälfte seines Staatsgebiets an die USA) gehört die fast hysterische Angst vor der amerikanischen Einmischung in die Geschichte des Landes. Eine Tischrede des mexikanischen Präsidenten beim Besuch Jimmy Carters 1979 in Mexiko zeugt gleichermaßen von eben dieser hohen Empfindlichkeit und der realistischen Einschätzung amerikanischer Interessen. Lopez Portillo erwähnte die neu entdeckten mexikanischen Ölvorkommen und fügte hinzu: „Mexiko findet sich seitdem plötzlich im Mittelpunkt amerikanischer Aufmerksamkeit – einer Aufmerksamkeit, die eine überraschende Mischung aus Interesse, Geringschätzung und Angst ist –, nicht unähnlich den wiederkehrenden Wogen der Angst, die Sie selber in gewissen Zonen unseres nationalen Unterbewußtseins hervorrufen“ (Universal, Sept. 79).

Obwohl die Mexikaner sich wie kein anderes lateinamerikanisches Land mit einem glühenden Nationalismus gegen den „großen Schatten, der auf dem Kontinent liegt“ (Octavio Paz) wehren, bleibt die Realpolitik davon weitgehend unberührt. Heute werden 70 Prozent des Handels mit den USA abgewickelt. Unter Lopez Portillo versuchte Mexiko, seine Handelsbeziehungen zu diversifizieren und vor allem in Europa Fuß zu fassen. Da der neu gewählte Präsident de la Madrid enge Kontakte zur amerikanischen Geschäftswelt pflegt, ist auch in der nächsten Amtsperiode bei aller politischen Hochempfindlichkeit mit pragmatischen Wirtschaftsbeziehungen zu den USA zu rechnen.

## Probleme mit den nationalen Ursprüngen

Der mexikanische Dichter und Essayist *Octavio Paz*, der vor wenigen Wochen in Berlin das Lateinamerika-Festival „Horizonte“ eröffnete, hat die Mexikaner in seinem 1950 erschienenen Werk „Das Labyrinth der Einsamkeit“ ein „kastilisches Volk mit aztekischen Streifen“ genannt. Im mexikanischen Kultur- und Geistesleben spiegelt sich diese *doppelte Herkunft* auf schillernde Weise wieder. Von offizieller Seite wird das aztekische Erbe ebenso pathetisch als Quelle nationalen Seins gefeiert wie die mexikanische Revolution zu Anfang dieses Jahrhunderts (in der auch die Indios unter dem Volksführer Emiliano Zapata kämpften). Die spanische Eroberung und die 300 Jahre währende iberische Fremdherrschaft werden hingegen als nationale Schande empfunden, übertroffen nur noch von dem darauffolgenden und bis heute fortdauernden „Yankee-Imperialismus“. Erst in jüngster Zeit lassen sich vereinzelt Stimmen mexikanischer Intellektueller verneh-

men, die wie Octavio Paz den spanisch-europäischen Anteil an Kultur, Mentalität und Lebensform des Mexikaners bewußt herausstellen.

So schlüssig historisch die Würdigung präkolumbianischer Kultur im heutigen Mexiko ist (sie ist in anderen Ländern mit frühen indianischen Hochkulturen wie Peru und Guatemala zur Touristen-Attraktion verkommen), so wenig wirkt sie sich auf *Status und Ansehen des mexikanischen Indianers* von heute aus. Die mexikanische Mestizen-Gesellschaft hätschelt den historischen Indio und verachtet den lebenden. Jedem Schulkind wird der Stolz auf die aztekische Vergangenheit seines Volkes eingepflanzt; daß es eine Schule besucht, verdankt es aber vor allem seinem Anteil spanischen Bluts. Nur sechs Prozent der mexikanischen Bevölkerung sind reinrassige Indianer. Hinter der ständig propagierten „*mejicanidad*“ des Indios steht die offizielle Integrationspolitik, die von Anthropologen und auch von der katholischen Kirche verurteilt wird. „Echte Indianer, Fremde im eigenen Land“, nennt der Leiter des Anthropologischen Instituts, *Guillermo Bonfil*, die Indianer. Das 1948 gegründete „Instituto Nacional Indígena“ folgt der Assimilationspolitik der Regierung.

Wie in den anderen lateinamerikanischen Ländern mit indianischem Bevölkerungsanteil ist die traditionelle Lebensweise der Stämme durch die Berührung mit der fremden Zivilisation ernsthaft bedroht. Ein Teil der jungen indianischen Generation lebt bereits am Rand der Großstädte, wo sie bestenfalls als gefügige, billige Arbeitskräfte gebraucht werden. Als einziger großer von 64 noch erhaltenen Stämmen haben die im Osten und Süden des Landes siedelnden *Mayas* ihre Stammesgemeinschaft und ihre Sprache erhalten können.

Kultur- und Zivilisationsstand des heutigen Mexiko sind jedoch so unzweifelhaft und in solchem Umfang *europäisch* und *nordamerikanisch beeinflusst*, daß der ausgeprägte Nationalstolz sich vielfach in einen nervösen und überempfindlichen Nationalismus umkehrt, der bis in die Außenpolitik hineinwirkt. Die übertriebene, wenn auch historisch begründbare Furcht vor amerikanischer Vorherrschaft geht widersprüchlicherweise mit einer unverminderten Bewunderung amerikanischer Lebensformen einher – eine weitere *Bruchstelle* im nationalen Selbstverständnis des Mexikaners. Die Regierung Lopez Portillo nutzte diese ambivalente Volksstimmung für eine zweigleisige und eigentlich widersprüchliche US-Politik, die aber dem heimlichen Ziel der mexikanischen „*revolucionären*“ Regime seit ihren Anfängen dient: der Stabilisierung des Systems mittels einer ausgeklügelten Pendelpolitik quer durch alle politischen Sektoren.

Das für lateinamerikanische Verhältnisse seltene Phänomen politischer Kontinuität und Stabilität hat historische Wurzeln: In mehr als 30 Jahren Regierungszeit hatte *Porfirio Diaz* (1876–1910) dem Land „soziale Ruhe“ und industriellen Fortschritt in einem System beschert, dessen innere Spannungen er mit Mord und Terror niederhielt. Unter seiner Herrschaft schritt die *Industrialisierung des*

Landes dank hoher ausländischer Investitionen rasch voran. Auch ein großer Teil des Grundbesitzes ging in ausländische Hände über (1910 besaßen 97 Prozent der Landbewohner kein Land, ein Prozent verfügte über 96 Prozent des Bodens; die Ländereien von 5000 Indianerdörfern wurden ausländischer Besitz, ebenso der Bergbau, die Industrie, ein Teil des Handels und die beginnende Ölförderung). So wurde die mexikanische Revolution von 1910 zum Volksaufstand gegen unerträglich gewordene politische und soziale Mißstände. Der Kampf um „Land und Freiheit“ kostete zwischen einer und zwei Millionen Menschenleben und fand mit der Herrschaft des integren und bis heute hoch geehrten Präsidenten *Lázaro Cárdenas* (1934–40) ein demokratisches Ende.

Daß die mexikanische Revolution immer noch andauere und sich in revolutionärer Politik der Regierung fortsetze, wird in der offiziellen politischen Rhetorik fest behauptet, aber von keinem Politiker mehr geglaubt. Vordergründig wirkt dieses Revolutionspathos wie eine überkommene Propagandamasche; spätestens seit der Amtszeit von Lopez Portillo hat die ständige Erinnerung an den in Lateinamerika einzigartigen sozial-revolutionären Ursprung des mexikanischen Staates indessen einen deutlichen macht- und innenpolitischen Hintergrund: Wo die Revolution im Gange ist, lautet das probate Mittel, kann sie nicht mehr ausbrechen. Was politische Gegner die „Mumie Revolution“ nennen, soll verhindern, daß die linksgerichtete Opposition ihre schmale Basis verbreitert und damit destabilisierend auf das System wirkt. Zunehmend wird diese Idee gegen eine ideologische Infiltration von außen eingesetzt, indem das Regime mit den reformerischen und aufständischen Bewegungen der mittelamerikanischen Staaten sympathisiert. Dies sind bekanntlich überwiegend politische Gruppierungen von einer Radikalität, die das mexikanische Regime innerhalb der eigenen Grenzen nie tolerieren würde.

## Die institutionalisierte Revolution

Mexiko hat sich in den letzten fünfzig Jahren als *eines der politisch stabilsten Länder Lateinamerikas* erwiesen. Auf der Grundlage der Verfassung von 1917 – und im Widerspruch zu ihr – entwickelte sich ein in Lateinamerika einmaliger Autoritarismus mit demokratischen Zügen. Das politische System Mexikos zeichnet sich durch eine *außergewöhnlich starke Exekutive* aus, die ausschließlich der jeweils amtierende Staatspräsident ausfüllt, und die Herrschaft der mächtigen ‚staatstragenden‘ Partei PRI (Partido Revolucionario Institucional). Sie stellt seit 1929 ununterbrochen den Präsidenten, der nach sechsjähriger Amtszeit nicht wieder gewählt werden kann, die Gouverneure aller Bundesstaaten und die überwiegende Mehrheit der Bürgermeister der etwa 2400 Munizipien (vgl. *Volker Lehr*, *Der mexikanische Autoritarismus*, Nürnberg 1980). Diese Konstellation garantiert dem System ein gewisses Maß an Kontinuität und Flexibilität. Die von den beiden letzten Präsidenten 1972 und 1977 durchgeführten

Reformen der Wahlgesetze waren wohlberechnete Schritte in Richtung auf einen Parteienpluralismus, allerdings unter Wahrung der absoluten Vorherrschaft der PRI. Bei den Präsidentschaftswahlen im Juli waren sechs Oppositionsparteien, darunter die kommunistische Partei, zugelassen. Da bei Parlamentswahlen aufgrund der Proporzbestimmungen und Sperrklauseln des Wahlgesetzes den Minderheitsparteien insgesamt nur ein Viertel der Sitze in der Abgeordnetenversammlung zustehen, ist die Opposition im Parlament präsent, aber politisch nicht relevant. In der 1979 gewählten Abgeordnetenversammlung bildet die PRI mit 296 Vertretern die absolute Mehrheit, die übrigen 104 Abgeordneten gehören sechs Minoritätsparteien an, von denen drei lediglich als Trabanten der PRI gelten. Die Kommunisten sind mit 18 Abgeordneten vertreten; PAN und PDM stellen mit 53 Abgeordneten die rechte Opposition.

Die offizielle Partei Mexikos PRI hat rund 13 Millionen Mitglieder, die ihr fast ausnahmslos indirekt, zum Beispiel über einen der berufsständischen Interessenverbände, angehören. Sie herrscht auch über die stärksten, quasi parteieigenen Gewerkschaftsverbände und gilt überhaupt als Hort der „familia revolucionaria“. So können politisch Andersdenkende rasch in den Verdacht geraten, nicht nur gegen die offizielle Partei, sondern auch gegen „die Revolution“ und damit gegen die mexikanische Nation zu sein. Andererseits ist Kritik von Funktionären an der Parteilinie außerhalb von offiziellen Parteiveranstaltungen durchaus üblich.

Ein weiterer Unterschied zu totalitären Parteien besteht darin, daß die PRI eine unideologische Partei ist, deren Standort seit Revolutionszeiten allenfalls *irgendwo zwischen Liberalismus und Sozialismus* anzusiedeln ist. Ihr Programm seit 1929, die politische Umsetzung der Ziele der Revolution, blieb weitgehend unverwirklicht; revolutionär ist nur noch der Name der Partei. Zweifellos hat sich der Verzicht der PRI auf ideologische Fixierungen insgesamt stabilisierend auf das politische System ausgewirkt. Die inhaltlichen Schwerpunkte der Politik setzt während der „absoluten Sechs-Jahres-Monarchie“ der jeweilige Präsident. Die zeitliche Begrenzung seiner Machtfülle macht ihn weniger anfällig für Entmachtungsabsichten seiner Gegner und kehrt die Unzufriedenheit im Volk in Hoffnung auf einen besseren Nachfolger um. Bisher hat die Spannung zwischen dem grundsätzlichen Alleinvertretungsanspruch der Partei und ihrem pragmatischen, aus dem Erbe der Revolution stammenden liberalen Umgang mit Ideologien und oppositionellen politischen Kräften gehalten.

Es fragt sich jedoch angesichts des explosiven sozialen Lage des Landes, wie lange das Regime sich noch als reformwillig *darstellen* kann. Kritiker des Regimes, das zeitweilig als Modell für die politischen Systeme Lateinamerikas diskutiert wurde, weisen darauf hin, daß auch dieses institutionell so gründlich abgesicherte System ein Minimum an politischer Glaubwürdigkeit braucht, wenn es seinen Herrschaftsstil erfolgreich fortsetzen will. Seit Mitte der siebziger Jahre gibt es ein bedrohliches Anzei-

chen für die *wachsende Distanz zwischen Volk und politischem System*: den „abstencionismo“, einen hohen Prozentsatz von Stimmenthaltungen. Der Anteil der registrierten Wähler, die für die Revolutionspartei stimmen, ist seit 1955 stark zurückgegangen, ohne daß die Minderheitsparteien merklich davon profitiert hätten. 1955 stimmten noch rund 62 Prozent für die PRI, bei den letzten Parlamentswahlen 1979 waren es weniger als 35 Prozent der registrierten Wähler. Mehr als 53 Prozent der wahlberechtigten Bürger (es besteht formale Wahlpflicht) gaben keiner der Parteien ihre Stimme.

Berücksichtigt man die übliche Wahlmanipulation auf dem Lande und die schon im Wahlsystem und seinen Durchführungsbestimmungen verankerte, so wird der *Legitimationsverfall des Systems und seiner Partei* noch deutlicher. Dieser Trend offenbart eine wachsende Diskrepanz zwischen dem hohen Institutionalisierungsgrad des mexikanischen Systems und seinem schwindenden Rückhalt im Volk. Insgesamt steht dem PRI-Regime mit seinem schwerfälligen Machtapparat eine Krise bevor. Je mehr der revolutionäre Mythos verblaßt, um so notwendiger werden politische *Taten*. Die mit der Erweiterung des Parteienspektrums versuchte funktionale Einbindung der Opposition ins System, mit der die Radikalisierung der Linken verhindert und der Eindruck einer lebendigen Demokratie geweckt werden sollte, hat noch einmal das vorrangige Ziel mexikanischer Politik begünstigt, die *Stabilisierung des Systems* als Voraussetzung für eine erfolgreiche Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Zu den Unbekannten im politischen Gefüge Mexikos gehören die *Streitkräfte*. Über ihre politischen Ambitionen ist wenig bekannt, jedoch ging nach dem gewaltsamen Niederschlagen der Studentenrevolte von 1968 das Wort von der „Südamerikanisierung“ Mexikos um, womit die Anwendung der Doktrin der nationalen Sicherheit und die herausragende Rolle der Militärs als Ordnungsmacht gemeint war. (Die mexikanische Regierung gab 1977 0,73 Prozent des Bruttosozialprodukts für militärische Zwecke aus und steht damit in Lateinamerika erst an 19. Stelle.)

## Wirtschaftskrise trotz oder wegen des Ölreichtums?

Als Lopez Portillo 1976 die Macht übernahm, steckte das Land in einer tiefen Wirtschaftskrise. Der bedächtigen, am Eigenbedarf orientierten Erdölpolitik Echeverrias folgte eine expansive Energiepolitik, die zum Motor eines neuen wirtschaftlichen Aufschwungs wurde. Ausgehend von den gesicherten Reserven, liegt Mexiko heute an sechster Stelle der erdölproduzierenden Länder. Sollten sich die Schätzungen über potentielle Vorräte bestätigen, würde es hinter der Sowjetunion und vor Saudi-Arabien an die zweite Stelle rücken. Durch eine unternehmerfreundliche Politik gelang es Lopez Portillo, die horrende Kapitalflucht einzudämmen. 1979 war das Wirtschaftswachstum wieder auf neun Prozent gestiegen (1973 – 7,6

Prozent; 1975 – 4,1 Prozent; 1976 – 1,7 Prozent; Quelle: Review of the Economic Situation of Mexico, Vol. 54, 1978). Gegen Ende seiner Amtszeit bahnte sich eine *erneute wirtschaftliche Malaise* an. Heute lebt Mexiko mit einer Inflation von offiziell knapp 30 Prozent, einem Leistungsbilanzdefizit von 12 Milliarden Dollar (1976 vier Milliarden) und öffentlichen Auslandsschulden von mehr als 60 Milliarden Dollar plus 17 Milliarden privater Auslandsschulden.

Als 1981 das Ölkartell zusammenbrach und die Preise zurückgingen, senkte der damalige Präsident der nationalen Ölgesellschaft Pemex den Erdölpreis. Lopez Portillo entließ *Jorge Diaz Serrano* (den damaligen Kandidaten für seine Nachfolge) und setzte den Ölpreis zum Ärger der USA, die zwei Drittel des mexikanischen Erdöls abnehmen, wieder herauf. Im gleichen Jahr ging der Absatz spürbar zurück, und Mexiko verlor rund eine Milliarde Dollar im Ölgeschäft. Inzwischen verkauft Mexiko unter dem Zwang seiner finanziellen Verpflichtungen sein Öl erheblich billiger als die OPEC-Länder. Der vorzeitigen Abwertung des Peso (die Kursfreigabe im Februar führte zur Abwertung um 46 Prozent) folgten von den Gewerkschaften erkämpfte massive Lohnerhöhungen. In der gesamten Wirtschaft stagniert gegenwärtig das Wachstum. Selbst im blühendsten Zweig der Wirtschaft, der Erdölindustrie, wird noch in diesem Jahr mit Entlassungen gerechnet.

Die sozialen Auswirkungen der Ölbooms sind weit hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Hohe Auslandsverpflichtungen, Rückschläge in der Energiepolitik, die Kosten für die ehrgeizigen Industrialisierungsvorhaben, bildungs- und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen und der aufgeblähte Regierungsapparat verschlingen die Gewinne aus dem Ölgeschäft. Am ärgsten ist die Situation auf dem *Beschäftigungssektor*. Die offizielle Arbeitslosenrate lag 1979 bei 7 Prozent. Nach Berechnungen der Weltbank verdienen jedoch 40 Prozent aller erwerbsfähigen Mexikaner weniger als die regional unterschiedlichen Mindestlöhne, das heißt, sie sind unterbeschäftigt oder arbeitslos. Die für lateinamerikanische Verhältnisse fortschrittliche Sozialgesetzgebung kommt hauptsächlich den als privilegiert angesehenen Industriearbeitern zugute. Um die Beschäftigtenquote auch nur zu halten, muß die Regierung (bei einem Bevölkerungszuwachs von drei Prozent) jährlich eine Million Arbeitsplätze schaffen; unter der Regierung Lopez Portillo waren es in den letzten vier Jahren immerhin 2,8 Millionen neuer Arbeitsplätze. Wie in Brasilien sinken auch in Mexiko trotz beachtlicher Wachstumsraten die Reallöhne.

Als größten sozialen Sprengsatz fürchtet die Regierung die *drei bis vier Millionen landloser Bauern*. Die von Präsident Cardenas forcierte Landverteilung gab 800 000 Bauern sogenannte „ejidos“, Landparzellen mit erblichem Nutzungsrecht, die der indianischen Tradition gemäß Gemeindebesitz bleiben und teilweise kollektiv bewirtschaftet werden. Bei späteren Landreformen wurden zwar auch große Landflächen, allerdings von geringem landwirtschaftlichem Nutzwert verteilt (80 Prozent des mexi-

kanischen Bodens bedarf der künstlichen Bewässerung). In den siebziger Jahren wurde die Landverteilung gedrosselt. Gleichzeitig bildete sich gegen die geltenden Gesetze, aber mit Duldung des Regimes neuer Großgrundbesitz. Die gesetzliche Begrenzung des Landbesitzes wird durch Verwandte und Strohleute, die ihre Namen hergeben, umgangen. Schätzungsweise ein Drittel des in den Landreformen verteilten Bodens wird nicht mehr von den eigentlich Nutzungsberechtigten bewirtschaftet (siehe Bundesstelle für Außenhandelsinformation 1979, S. 13). In dem gleichen Maße, wie die letzten Regierungen die Industrialisierung vorantrieben, vernachlässigten sie den landwirtschaftlichen Sektor. Die in ihrem Ausmaß noch nicht absehbaren Folgen dieser Politik sind ein *verelendendes Landproletariat* und eine *katastrophale Landflucht*. Heute leben bereits 65 Prozent aller Mexikaner in der Stadt. Während das Land wertvolle Agrarprodukte (vor allem in die USA) exportiert, muß es zunehmend mehr von dem einführen, was das Volk zum Leben braucht, etwa Mais, Hirse, Weizen, Soja und Milchpulver. Immer häufiger besetzen die Campesinos ein Stück Land, von dem Polizei und Militär sie kurze Zeit später vertreiben. Eine falsche Hoffnung treibt viele von ihnen in die Städte. Zu der Masse der landlosen, oft unterernährten Kleinbauern kommt das am Rand der Großstädte verkommene Stadtproletariat, das von wenig mehr als dem Zivilisationsmüll, höchstens noch von Handlangerdiensten lebt. Zerbrochene Familienstrukturen, an denen der mexikanische Männlichkeitswahn, der „machismo“, nicht unerschütterlich ist, sind dort die Regel.

Die Lebensbedingungen in der ständig smogverseuchten 20-Millionen-Hauptstadt, deren Bevölkerung im Jahr 2000 auf 35 Millionen angewachsen sein wird, sind jetzt schon geeignet, eine Katastrophenstimmung zu erzeugen. Die Zukunftsperspektiven von Mexiko-Stadt sind nach Einschätzung realistischer Soziologen grauhaft. Die acht Millionen Wanderarbeiter (zuzüglich vier Millionen, die illegal in die USA gehen), „chicanos“ genannt, lindern trotz negativer sozialer Folgen wie der Familientrennung das wirtschaftliche Elend eines Teils der Bevölkerung. Das Regime zählt das Chicano-Phänomen wegen seiner Ventilfunktion zu den systemstabilisierenden Faktoren. Trotz einiger angestrebter Versuche ist es der Regierung Lopez Portillo nicht gelungen, die riesigen sozialen Probleme mit Hilfe des Erdölreichtums zu mildern. Die Summe politischer, wirtschaftlicher und sozialer Krisenfaktoren scheint zu verhindern, daß der Ölboom, der so große Hoffnungen weckte, zum Segen für das Land werden kann.

## Günstigeres Klima für die Kirche

Im Gegensatz zu allen anderen lateinamerikanischen Ländern, das kommunistisch regierte Kuba ausgenommen, ist die *katholische Kirche* im öffentlichen Leben Mexikos überhaupt *nicht präsent*. Mit der Verfassung von 1857 hatte der Katholizismus aufgehört, Staatsreligion zu sein.

Der gesamte Kirchenbesitz wurde enteignet, die Ordensgemeinschaften aufgehoben. Nach der Revolution von 1910 brach eine erneute Kirchenverfolgung aus, die zum Aufstand der „cristeros“ und einem grausamen Bürgerkrieg führte. Der historische Anti-Klerikalismus in Mexiko entstand aus dem liberalen und freimaurerischen Gedankengut einflußreicher Kreise, die die katholische Kirche teilweise zu Recht mit dem spanischen Staat identifizierten, dessen Einfluß sie militant bekämpften. (Während des 18. Jahrhunderts etwa waren vier der acht Bischöfe in der Hauptstadt Mexiko zugleich Vize-Könige, das heißt, sie übten zivile Funktionen aus.) Außerdem nahmen diese Kreise Anstoß am Reichtum der katholischen Kirche. Die diesbezüglichen historischen Quellen enthalten allerdings so widersprüchliche Angaben über den Kirchenbesitz im 18. und 19. Jahrhundert, daß daraus kaum mehr zuverlässig auf die tatsächlichen Besitzverhältnisse geschlossen werden kann. Pauschal kann gesagt werden, daß der hohe Klerus und ein Teil der Klöster beachtliche Reichtümer angehäuft hatten, während die Mehrheit der Priester und Ordensleute die Armut des Volkes teilte (siehe Pro Mundi Vita 7/1965).

Bis heute ist die Mehrzahl der antiklerikalen Gesetze gültig, sie werden jedoch immer weniger rigoros befolgt, wie sich nicht zuletzt beim Besuch Papst Johannes Pauls II. 1979 zeigte. Nach wie vor haben die mexikanischen Geistlichen aber weder das aktive noch das passive Wahlrecht; der Religionsunterricht in den Schulen ist gesetzlich untersagt, wird jedoch zunehmend toleriert. „Das Klima ist heute für die Kirche in Mexiko günstig“, sagte der Erzbischof von Mexiko-Stadt, Kardinal *Ernesto Corripio Ahumada* bei seinem letzten Deutschland-Besuch im März (KNA, 10. 3. 82).

Nach einer grundsätzlichen Erklärung zum Thema „Kirche und Entwicklung des Landes“ von 1968 veröffentlichten die mexikanischen Bischöfe im Mai vergangenen Jahres eine geharnischte *Stellungnahme zur politischen Lage des Landes*, in der sie dem Regime das mit Amtsmißbrauch verbundene Monopol der Macht, die um sich greifende öffentliche Korruption und die allgemein herrschende soziale Ungerechtigkeit vorwerfen. Die Justiz sei käuflich, und Demokratie existiere in Mexiko nur in der Theorie. Vor den Präsidentschaftswahlen entstand unter den Bischöfen Uneinigkeit über die Frage, ob die Kirche konkrete Wahlempfehlungen geben sollte beziehungsweise ob die Links-Parteien wählbar seien oder nicht.

## Große Probleme ungelöst

Außenpolitisch hat der Status einer Ölmacht eher das Interesse an Mexiko als das Ansehen des Landes gesteigert. Seine riesigen, ungelösten sozialen Probleme zeichnen es als Land der Dritten Welt aus, in dem jeder vierte Analphabet, jeder zweite unterbeschäftigt ist und die Unterentwicklung auch dem flüchtigsten Touristen ins Auge springt. Positiv zu werten, wenn auch nicht risikolos, sind die Ansätze Lopez Portillos und seines Vorgängers zu einer

solidarischen Dritte-Welt- und Mittelamerika-Politik. Innenpolitisch dürfte sich in der kommenden Amtsperiode die *institutionelle Verhärtung des PRI-Regimes* lähmend auf die Politik der Präsidenten auswirken. Es wird offenbar, daß die Verdienste des Regimes (die gewaltige Integrationsleistung nach der Revolution, die lange Periode politischer Stabilität bei einem in Lateinamerika vergleichsweise geringen Einsatz repressiver Mittel, die weitgehend freie Presse, die rechtzeitige Verstaatlichung der Erdölindustrie, die sie vor dem Zugriff der USA rettete) in ihren Wirkungen trotz aller offiziellen Propaganda nicht länger perpetuieren lassen.

Eine wünschenswerte *Erneuerung des autoritären Systems*

(über die bisher geübte pragmatische Einengung oder Erweiterung des politischen Spielraums hinaus) ist aber, wenn überhaupt, wohl nur langfristig zu verwirklichen. Wenn Mexiko auch weit entfernt ist von einer demokratischen Grundordnung und auch nicht zu den „developing democracies“ zu zählen ist, wären langsame systemüberwindende Reformen etwa unter dem Druck der Opposition, eines drohenden revolutionären Umsturzes oder einer sonst bevorstehenden militärischen Machtübernahme denkbar. Es gehört zu den bedrückenden, aber zutreffenden Einsichten der Politiker über Mexiko, daß keines seiner Probleme, und sei es noch so dringend, kurzfristig zu lösen ist.

Gabriele Burchardt

## Diskussion

# Wer hat wofür Verantwortung?

## Zum Streit um deontologische und teleologische Ethik

*Hier veröffentlichen wir den zweiten Teil des Vortrags, den Prof. Robert Spaemann anlässlich der Verleihung der Thomas-Morus-Medaille zum Thema Verantwortungs- und Gesinnungs- bzw. deontologische und teleologische Ethik gehalten hat (vgl. den ersten Teil in: HK, Juli 1982, S. 345–350). (Der Vortrag erscheint im Herbst in Buchform als Teil einer Dokumentation des Lindenthal-Instituts, Köln, zum Thema „Persönliche Verantwortung“ im Adamas Verlag, Köln.)*

Zwei Fragen bleiben zu stellen. Erstens: Gibt es nicht so etwas wie eine gestufte Verantwortung, ein Mehr oder Weniger an Verantwortung bzw. eine Verantwortung, der wir mehr durch Handeln und eine andere, der wir nur durch Unterlassen gerecht werden können? Zweitens: Gibt es Handlungsweisen, die ohne Ansehen der Umstände immer gut oder immer verwerflich sind? Wir können die Frage auch so stellen: Gibt es Verantwortlichkeiten, denen wir nur durch eine „deontologische“ Praxis gerecht werden können? Wir werden sehen, daß beide Fragen etwas miteinander zu tun haben.

## Verantwortung ist abgestuft

Der Gedanke einer *gestuften Verantwortung* ist für jede konkrete Ethik unerlässlich. So haben Eltern in der Regel die positive Verantwortung für das Wohl und die Erziehung ihrer Kinder. Die subsidiäre Verantwortung des Staates bezieht sich – wie das Bundesverfassungsgericht neulich bekräftigt hat – nicht darauf, das Wohl und die Erziehung des Kindes zu optimieren, d. h., sie den Eltern immer dann aus der Hand zu nehmen, wenn die Erzie-

hung nach Auffassung der Behörden bei anderen Personen besser wäre als bei den Eltern. Fast allen Eltern müßten dann die Kinder weggenommen werden, denn wer erzieht schon seine Kinder so, daß jemand anders sie nicht vielleicht besser erzöge? Aufgabe des Staates kann es nur sein, die Unterschreitung bestimmter Minimalforderungen, die sich aus der Menschenwürde des Kindes ergeben, zu verhindern und tätig zu werden, wenn diese gefährdet sind. Umgekehrt hat nicht jeder Bürger jede Handlung unmittelbar am Gemeinwohl zu orientieren; sein Beitrag zum Gemeinwohl besteht erstens darin, daß er die ihm eigenen spezifischen Verantwortlichkeiten wahrnimmt, und im übrigen besteht sie in einem Rechtsstaat vor allem im Gehorsam gegen die Gesetze, sowie, falls es sich um einen mächtigen Staatsbürger handelt, um Verzicht darauf, den Gesetzgeber zu korrumpieren, d. h. in einer gemeinwohlwidrigen Weise zu beeinflussen.

Ein sehr eindrucksvolles Beispiel für das Bewußtsein gestufter Verantwortung ist wiederum Thomas Morus. Als Privatmann fühlte er sich nicht verpflichtet, der Loslösung Englands von der römischen Kirche auf irgendeine Weise aktiv – und sei es nur durch öffentliche Kritik – entgegenzuwirken. Die Gewissensfrage stellte sich für ihn erst in dem Augenblick, wo er ausdrücklich seine Zustimmung zu dieser Loslösung erklären sollte. Dazu sah er sich außerstande. Und nur für diese Weigerung ist er gestorben. In einer demokratischen Öffentlichkeit geht die Mitwirkungspflicht eines informierten und einflußreichen Bürgers bei der Gestaltung der öffentlichen Dinge zweifellos weiter. Aber die Nivellierung jeder differenzierten Verantwortlichkeit ist immer das Kennzeichen eines totalitären Gemeinwesens und eines totalitären Ethos.